

Neuer Strom braucht neue Netze

Die Beschäftigten bei **50Hertz** schaffen die Grundlage für die Energiewende. Die Politik muss für Planungssicherheit und Akzeptanz sorgen.

DIE ENERGIEWENDE SCHREITET VORAN. Mittlerweile kommen über 25 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren Quellen. Bis 2030 sollen es mehr als 50 Prozent sein. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, wird nicht nur davon abhängen, wie viele Windräder bis dahin vor den Küsten stehen. In der Diskussion um die Energiewende gerät schnell in den Hintergrund, was die Grundvoraussetzung für ihr Gelingen ist: eine entsprechende Netzinfrastruktur.

AUCH DAS SCHNELLSTE AUTO kann ohne Straße nicht fahren. Und ohne den Ausbau des Höchstspannungsnetzes kann die erneuerbare Energie nicht dorthin transportiert werden, wo sie gebraucht wird. Bis zum Jahr 2022 sollen alle Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet werden. Spätestens dann haben wir ein enormes Nord-Süd-Gefälle: Die großen Offshore-Windparks vor den Küsten im Norden produzieren den Strom für die Industriezentren im Süden und Westen. Damit der Strom dort aber auch ankommt, braucht es Leitungen.

„**EIN BEDARFSGERECHTER NETZAUSBAU** ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg der Energiewende“, sagt der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats von 50Hertz



Dr. Lutz Pscherer,
Gesamtbetriebsratsvorsitzender
von 50Hertz

„Der Netzausbau ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg der Energiewende“

Dr. Lutz Pscherer. Dafür brauche es ein nationales Energiekonzept für die Bundesrepublik als Ganzes, eingebettet in ein europäisches Energiekonzept.

DIE ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER von 50Hertz leisten beim Netzausbau hervorragende Arbeit. Aber ohne Unterstützung können auch sie die Netzinfrastruktur nicht entscheidend voranbringen. Denn Netzausbau funktioniert nur, wenn es dafür Akzeptanz gibt – bei den Bürgerinnen und Bürgern, und bei den Politikern



Ohne Akzeptanz keinen Netzausbau: Die Politik muss die Bevölkerung besser einbeziehen.

vor Ort. Viele der geplanten Stromtrassen stehen in der Kritik, vielerorts regen sich Bürgerproteste gegen den Leitungsbau. Aus Sicht der IG BCE steht hier die Politik in der Pflicht. Sie muss die Rahmenbedingungen schaffen und für Planungssicherheit sorgen. Denn die Einbeziehung der Bevölkerung vor Ort kann nicht allein Aufgabe von den Unternehmen sein. Die Politiker haben die gesetzlichen Vorgaben für den Netzausbau gemacht. Jetzt müssen sie diese eigenen Beschlüssen auch in der Öffentlichkeit vertreten und für den Bau der Stromtrassen eintreten.

- **ENERGIEWENDE** ja, aber nicht auf Kosten von guten Arbeitsplätzen
- Wir brauchen einen **GEORDNETEN** Strukturwandel. Die Politik muss handeln!
- Mit Sparprogrammen und Personalabbau kann die Energiewende nicht **GELINGEN**

Fair geht vor

In Bogotá hat die IG BCE mit Gewerkschaften, Regierung und Unternehmen über die Verhältnisse im kolumbianischen Bergbau gesprochen.

GUTE ARBEIT unter menschenwürdigen Bedingungen – dafür tritt die IG BCE ein, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Kolumbien. Dort werden Menschen und Gewerkschaftsrechte seit vielen Jahren massiv verletzt. Die Bedingungen im kolumbianischen Bergbau sind für die Bergleute äußerst schlecht. Ökologische Fragen spielen kaum eine Rolle. „Wir fühlen uns unseren kolumbianischen Kollegen besonders verpflichtet“, betont IG BCE-Chef Michael Vassiliadis. Die IG BCE unterstützt die kolumbianische Gewerkschaft Sintracarbon in der alltäglichen Gewerkschaftsarbeit, auch finanziell. Diese Mittel hat die Gewerkschaft zuletzt in den Aufbau eines Internet-Radios gesteckt. Gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der EnBW AG hat die IG BCE zudem eine Bergbaukonferenz in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá initiiert. Dabei sind erstmals Gewerkschaften, Unternehmen und Regierung an einen Tisch gekommen. Ziel ist es, einen Prozess anzustoßen, der zu einer nachhaltigen Verbesserung der Verhältnisse im kolumbianischen Bergbau führt. „Wir fordern die Achtung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte, anständige Arbeitsbedingungen und einen verantwortlichen, nachhaltigen Bergbau in Kolumbien“, sagte Michael Vassiliadis auf der Konferenz. Ein zentrales Thema war die Frage, wie bei den Lieferketten der nach Europa importierten Steinkohle menschenwürdige Arbeitsbedingungen garantiert werden können. Michael Vassiliadis sieht hier die importierenden Unternehmen in der Pflicht. Die derzeitigen Initiativen reichten noch nicht aus. „Daher werden wir auch in Europa nochmals verstärkt auf den dringenden Handlungsbedarf aufmerksam machen.“

Gemeinsam in Bogotá: Norbert Maus (RAG) Michael Vassiliadis (IG BCE), RWE-Betriebsrat Romano Moriga und Igor Diaz Lopez von der Gewerkschaft Sintracarbon.



Die Bergleute im türkischen Soma brauchen unsere Solidarität.

Hilfen für Soma

Mit einer Spendenaktion zeigen die IG BCE-Mitglieder ihre Solidarität mit den Opfern des Grubenunglücks in Soma. Hilfe, die ankommt.

AM 13. MAI SIND BEI EINEM GRUBENUNGLÜCK im türkischen Soma über 300 Bergleute umgekommen. Die IG BCE hat damals ein Solidaritätskonto in Zusammenarbeit mit der DGB-Initiative „Gewerkschaften helfen e.V.“ eingerichtet. Die Gewerkschaft selbst stellte sofort 25.000 Euro zur Verfügung und hat ihre Mitglieder aufgerufen, sich nach Kräften zu beteiligen. Mit großem Erfolg: Zahlreiche Ortsgruppen haben den Aufruf aufgenommen und unter den Mitgliedern gesammelt. Insgesamt sind schon über 200.000 Euro zusammengekommen.

Mit den Spenden soll ein Weiterbildungszentrum für Arbeits- und Bergbausicherheit gegründet werden. Dazu ist die IG BCE auch vor Ort in Gesprächen mit der zuständigen türkischen Bergbaugewerkschaft Maden-ış sowie kommunalen und ministerialen Stellen. Damit diese Einrichtung von Dauer ist, setzt die IG BCE ihre Spendenaktion fort:

Spendenkonto

IG BCE

SEB Hannover

Kto-Nr. 1811400104 / IBAN DE55 2501 0111 1811 4001 04

BLZ 25010111 / BIC ESSEDE5F250

Stichwort: Solidarität Bergleute Soma

So geht's nicht weiter

Unternehmen und Beschäftigte brauchen Planungssicherheit in der Energiepolitik.

ALLE WOLLEN SIE, DIE ENERGIEWENDE. Und am besten von jetzt auf gleich. Die Energiewende ist aber von heute auf morgen nicht zu machen, denn: Selbst Deutschland ist als Vorreiter noch weit davon entfernt, seine Energie komplett aus Erneuerbaren Quellen zu beziehen. „Es ist ein Fernziel, das erst in vielen Jahrzehnten erreicht werden kann“, sagt der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis. Nämlich erst dann, wenn die nötigen Speichertechnologien verfügbar und die Netze entsprechend ausgebaut sind.

DER RASANTE AUSBAU der Erneuerbaren stellt das Land schon heute vor große Herausforderungen: Der Strompreis ist durch die EEG-Umlage für die Verbraucher enorm gestiegen.

Auf der anderen Seite sind die Preise an der Strombörse durch Überkapazitäten so stark gesunken, dass sich die konventionelle Energieerzeugung für die Betreiber kaum noch lohnt. Allein die Braunkohle kann sich bei einem Strompreis von 30 Euro pro Megawattstunde noch verlustfrei im Geschäft halten.

Was derzeit in der Energiewirtschaft passiert, gleicht einer Operation am offenen Herzen. Es geht um tausende gute Arbeitsplätze in der konventionellen Stromerzeugung und

in der Industrie. Die Politik dürfe es nicht kalt lassen, wenn leistungsfähige Unternehmen und deren Beschäftigte immer stärker unter Druck gerieten, sagt Michael Vassiliadis.

DAS PROBLEM liegt auch darin, dass die zentralen Fragen der Energiewende noch nicht geklärt sind: Wie soll unser Kraftwerkspark in den nächsten Jahrzehnten aussehen? Wie schaffen wir mit erneuerbaren Energien eine verlässliche Energieversorgung? Aus Sicht der IG BCE ist die

Energiewende zu wichtig, um diese Fragen noch länger unbeantwortet zu lassen. Ohne klare energie- und unternehmenspolitische Konzepte aber ist auf Dauer die Zukunfts- und Beschäftigungsfähigkeit der großen Anbieter gefährdet. Noch kommen

drei Viertel unseres Stroms aus konventioneller Energieerzeugung. „Das ist die Energie, die uns auch in den kommenden Jahrzehnten noch mit Strom versorgen muss, wenn Wind und Sonne nicht wehen oder scheinen“, sagt Michael Vassiliadis. Die IG BCE fordert von der Politik, dass sie die Fragen nach einem geordneten Strukturwandel in der Energiepolitik endlich beantwortet. Nur dann kann die Energiewende zum Erfolg geführt werden.

Die Energiewende gleicht einer Operation am offenen Herzen

Energie nur aus Erneuerbaren? Ein Fernziel, von dem wir noch viele Jahrzehnte entfernt sind.



Für mehr Dampf in der Energiewirtschaft

Innovationsforum Energiewende in Berlin: Gemeinsam mit Betriebsräten und Unternehmensvertretern fordert die IG BCE die Politik zum Handeln auf.



Viele Betriebsräte aus der Energiewirtschaft sorgen sich um die Zukunft ihrer Unternehmen.

ES WAR EIN DRINGENDER APPELL, den die Politik nicht überhören darf: IG BCE, Betriebsräte und Unternehmensvertreter aus der Energiewirtschaft haben auf der 2. Betriebsrätekonferenz des Innovationsforum Energiewende (If.E) mehr Dampf in der Energiepolitik gefordert. „Die großen Fragen der Energiewende dulden keinen langen Aufschub“, brachte es der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis in Berlin auf den Punkt. Er forderte die Bundesregierung auf, nach der richtigen Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) nun die nächsten Schritte zu machen: die Neuordnung des Strommarkts und einen zügigen Netzausbau. „Je länger das dauert, umso größer werden die Risiken für Arbeitsplätze und Innovationen, ohne die wir das herausfordernde Projekt Energiewende nicht zum Erfolg bringen werden.“

DIE BETRIEBSRÄTE FORDERTEN von der Politik vor allem verlässliche Rahmenbedingungen: „Wir haben unsere Glaswannen für ein Energie-Lastenmanagement angeboten, wir wollen einen Beitrag zur Stabilisierung der Netze im Rahmen der Energiewende leisten. Das kostet pro Einheit im ersten Schritt 548.000 Euro“, erklärte Hans Georg Diekmann, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Ardagh Glass GmbH. Für diese Investitionen brauche man aber

verlässliche Ansprechpartner in der Politik und Planungssicherheit für die nächsten 20 Jahre. „Unser Industriepark braucht 50 Megawatt in der Stunde. Einige Unternehmen sind von der EEG-Umlage befreit, andere nicht. Wie soll man da einkaufen?“, fragte Kamillus Frank, Betriebsratsvorsitzender der MVV Enamic IGS Gersthofen GmbH. „Es wäre das Beste, den Börsenhandel für Energie bzw. Strom auszusetzen, bis verlässliche Strukturen im Verteilernetz und zur Speicherung geschaffen werden.“

DIE KONFERENZ MACHTE DEUTLICH: Ein geordneter Strukturwandel braucht auch konzeptionelle Konsolidierungsbeiträge, wie sie die IG BCE etwa mit einer „Steinkohle-Verstromungsunion“ vorgeschlagen hat. In dieser Gesellschaft können künftig die Kapazitäten der Steinkohleverstromung gebündelt werden – ein wichtiger Schritt hin zu einer neuen Marktordnung und zu mehr wirtschaftlicher Vernunft. „Wer diesen Vorschlag dennoch nicht teilt, der muss zumindest eine bessere Lösung anbieten“, sagte Vassiliadis. Andernfalls sei kurz- und mittelfristig die gesamte konventionelle Energieerzeugung in Gefahr – „und damit tausende guter Arbeitsplätze in großen Unternehmen, die für eine sichere Energieversorgung unverzichtbar sind.“